

SPD macht Mehrwertsteuererhöhung für hohe Preise in Kirchlengern verantwortlich

Wieder einmal tritt die SPD in Kirchlengern unter der Federführung ihres Fraktionsvorsitzenden in der Presse mit Halbwahrheiten ins Rampenlicht. In Sachen Bahnhofsumfeld wird behauptet, dass 100.000 Euro als Mehrausgaben hätten vermieden werden können. Das mag in den Augen eines selbsternannten Fachmannes vielleicht so aussehen, wenn man alle Vorschriften eines Vergabeverfahrens einmal außer acht lässt. Wir hoffen dass die SPD in Kirchlengern nicht grundsätzlich und politisch vorsätzlich, aber auch im privaten Bereich gegen Vorschriften und Verordnungen verstößt. Hier gab es nach der Ausschreibung, die die SPD mit beschlossen hatte, ein Ergebnis, das laut Presseartikel der SPD 38.000 Euro über dem vertretbaren Rahmen lag. Dieses Ergebnis konnte nun so angenommen werden, oder aber die Ausschreibung musste neu erfolgen. Die SPD vergleicht dabei Hoch- und Tiefbau und kommt zu dem Ergebnis, dass im Moment nur wegen der Mehrwertsteuererhöhung alles teuer ist. Im nächsten Jahr würde das Ergebnis um 100.000 Euro günstiger ausfallen. Dazu eine Anmerkung der UWG: Die SPD hat vor der Wahl versprochen, dass es mit ihnen keine Mehrwertsteuererhöhung geben wird. Die Mitglieder der SPD in Kirchlengern haben dazu Wahlplakate aufgestellt. Diese Leute haben schlichtweg gelogen. Wenn die SPD nun meint, dass im nächsten Jahr Tiefbaumaßnahmen günstiger werden, wieso beschließt sie dann einige Tage später, verschiedene Straßen in Kirchlengern für Straßenbaumaßnahmen auszuschreiben? Wäre die SPD konsequent, hätte sie auch dort dagegen gestimmt. Die UWG dagegen folgte der Ausschreibung zum Bahnhofsumfeld und sorgte somit, wie auch die CDU, dafür, dass bis zum Jahresende voraussichtlich alle Arbeiten erledigt sind. Wenn dann im nächsten Jahr in Kirchlengern ein neuer Buslinienverkehr eingerichtet wird, kann das Bahnhofsumfeld als zentrale Bushaltestelle genutzt werden. Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* leidet die SPD an Auszehrung. Seit 1990 habe die Partei fast 37 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Wer will denn auch schon als Mitglied einer Partei regelmäßig mit Falschaussagen konfrontiert werden?